Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

# Beratungsergebnis

der 31. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 23.09.2024

**Tagesordnungspunkt:**

**Öffentliche Sitzung**

**8. Weiterentwicklung des Medienzentrums zur interaktiven Medienwerkstatt - DS-Nr.: 6260 -**

Die Verwaltung erläuterte, dass sie fachlich weiterhin von dem Vorschlag überzeugt sei, das Medienzentrum zur interaktiven Medienwerkstatt umzubauen, sie aber das Votum der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und deren schwierige finanzielle Lage berücksichtigen wolle. Sie hoffe, dass sich zu einem späteren Zeitpunkt ggf. noch eine Chance zur Umsetzung ergebe.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte ihr Bedauern und ihre Verwunderung, dass nunmehr die Kämmerinnen und Kämmerer der Städte und Gemeinden über dieses Thema entschieden hätten. Fraglich sei, welche Mehrkosten ein späterer Umbau mit sich bringen würde. Daher lehne sie den Beschlussvorschlag ab.

Die SPD-Fraktion schloss sich dem an. Die Medienkompetenz von Kindern und Jugendliche sei eine der zentralen Aufgaben der Zukunft. Das Land NRW habe Mittel für sehr teure Geräte zur Verfügung gestellt, die nun nicht in den dafür benötigten Räumen genutzt werden könnten und bei einem späteren Umbau vermutlich nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprächen. Bei anderen heute beratenen Themen mit Finanzbedarf seien die Städte und Gemeinden auch nicht beteiligt worden. Die für die Medienwerkstatt zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 170.000 € hätte man anderweitig, z.B. durch Ablehnung der Mehrkosten für die Regionalstelle Nord (s. TOP 5) und durch Mittelübertragungen im Jahresabschluss, generieren können.

Die Verwaltung betonte, dass sie nicht nur mit den Kämmerinnen und Kämmerern, sondern auch mit den kreisangehörigen Kommunen als Schulträgern über die fachliche Notwendigkeit diskutiert habe. Beide Sichtweisen seien auch in den jeweiligen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden abgewogen worden.

Die FDP-Fraktion unterstrich die Bedeutung der angedachten Medienwerkstatt, erklärte aber, dass sie es als nicht mehr zeitgemäß empfinde, eine solche zentral im Kreishaus aufzubauen. Auch wenn das Förderprogramm des Landes NRW dafür ggf. nicht geeignet sei, spreche sie sich für eine dezentrale Umsetzung in den Städten und Gemeinden aus. Daher stimme sie dem Beschlussvorschlag zu.

Die CDU-Fraktion wies auf die beschlossene halbe Stelle für Medienpädagogik hin, mit deren Besetzung sie auf eine Teilumsetzung des Konzeptes hoffe. Die neu angeschafften Geräte könnten dafür sicherlich in geeigneten Räumen innerhalb des Kreishauses oder außerhalb in Schulen genutzt werden.

Bei der Finanzierung müssten auch die Folgekosten, wie z.B. die Fahrtkosten für die Schülerinnen und Schüler zum Kreishaus, bedacht werden. Öffentliche Verkehrsmittel kämen hier aufgrund der Wege nicht immer in Frage. Sie kritisiere die rechtlichen Auflagen und die mit hohen Kosten verbundenen Standards,

z.B. zum Brandschutz, zur Lüftung oder zu Bodenbelägen, die an Schulungsräume gestellt würden. Dadurch werde eine schnelle Umsetzung zusätzlich gehemmt.

Die GRÜNE-Fraktion stimmte Letzterem zu. Bei einem späteren Umbau des Medienzentrums müsse mit einer Steigerung des Baukostenindexes von 16 % gerechnet werden. Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene mobile Lösung – z.B. in einem Container oder Bus – sei mit den zur Verfügung gestellten Mitteln nicht realisierbar und sicherlich auch kostenintensiver. Zu bedenken sei auch, dass nicht nur die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler, sondern auch die der Lehrkräfte ausgebaut werden müsse. Hier werde eine Chance dafür vertan.

Die SPD-Fraktion bekräftigte dies. Durch die Finanzmittel des Landes NRW hätte der Kreis deutliche Kosten sparen können. Dies müsse bei den übrigen Kosten angerechnet werden, so dass sich die Mehrkosten auf die Preissteigerungen beim Bau bezögen. Die verbleibende Summe sei angesichts des Mehrwerts für die Schülerinnen und Schüler tragbar.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Umbau des Medienzentrums zur interaktiven Medienwerkstatt, wie in der Sitzung des Kreisausschusses am 15.11.2021 beschlossen, wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchgeführt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen